

Die traditionell schändliche Rolle der USA

Nur ein Aspekt ist die Kernenergie in den Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten (USA) befinden sich mit einer Stückzahl von 100 mehr große, Strom produzierende Kernreaktoren (65 Druckwasserreaktoren und 35 Siedewasserreaktoren) in Betrieb als in jedem anderen Land. In den 2000er Jahren wurde das Projekt Yucca Mountain in Nevada zwecks nationaler Endlagerung radioaktiver Abfälle vorangetrieben. Es wurde dann aufgrund von gewissen Sicherheits-Bedenken temporär fallen gelassen, aber dann erneut in die Evaluation aufgenommen. Die US-Meiler produzieren 30 Prozent des globalen Atomstroms. Atomkraft in den USA: "Wir sind das verschwenderischste Volk der Welt" Trump erklärte: "Ich bin sehr für Atomenergie, sehr stark für Atomenergie. Wir brauchen Atomenergie und wir brauchen viel davon ganz schnell."

Die traditionell schändliche Rolle der USA u.a. auch in Südamerika - aktuell am Beispiel von Honduras - Morde, Korruption und Landraub – darüberhinaus demaskiert sich die USA unter Trump bis in die letzte Pore.

Vorweg:

.) Donald Trump verfügt die bisher größte Beschneidung von US Naturschutz-Gebieten - Zwei seiner Lieblingsrollen, Lautsprecher und Twitter-König, sollten niemand dazu bringen, Donald Trumps Neigung zur Abrissbirne zu übersehen. Auch da ist der Präsident begabt. Per Federstrich hat er jetzt die größte Schrumpfung von US-Naturschutzgebieten verfügt: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1072820.trump-und-naturschutz-schoenheit-in-gefahr.html?pk_campaign=Newsletter und <http://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/trump-laesst-zwei-naturschutzgebiete-in-utah-schrumpfen-15324982.html>

.) Trump zerstört das soziale Netz - Die Steuerreform in den USA lässt bei Reichen und Konzernen die Korken knallen: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1074040.steuerreform-in-den-usa-trump-zerstoert-das-soziale-netz.html?pk_campaign=Newsletter

.) „Transgender“ und „Diversität“ : Trump verbietet Gesundheitsbehörde sieben Wörter - Formulierungen wie „wissenschaftlich begründet“ und „faktenbasiert“ sind zukünftig für die amerikanische Gesundheitsbehörde tabu. Die amerikanische Regierung hat nach einem Bericht der „Washington Post“ der Gesundheitsbehörde CDC eine Liste von sieben Wörtern gegeben, die sie nicht in bestimmten

Dokumenten verwenden darf. Verboten sind demnach „Transgender“, „verwundbar“, „Fötus“, „Diversität“ (Vielfalt), „Anspruchsberechtigung“, „auf wissenschaftlicher Grundlage“ (engl. science-based) und „auf der Grundlage von Beweisen“ (engl. evidence-based) in allen offiziellen Papieren, die von der CDC - der Topgesundheitsbehörde der Vereinigten Staaten - im Zusammenhang mit ihrem Budgetvorschlag für das nächste Haushaltsjahr erstellt werden:

http://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/trump-verbietet-gesundheitsbehoerde-woerter-wie-transgender-15344291.html?xtor=EREC-7-%5bDer_Tag_am_Abend%5d-20171216&utm_source=FAZnewsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter_FAZ_Der_Tag_am_Abend

.) Mehr Rechte für die Armee: Sorge um Gesetz zur Inneren Sicherheit in Mexiko - Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto will Militär stärker im Land einsetzen. Experten warnen vor einer drohenden Zunahme von Menschenrechtsverletzungen. Bei den Fällen von getöteten Pressevertretern liegt die Straflosigkeit laut dem vorläufigen Bericht der Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit der UN und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vom 4. Dezember dieses Jahres bei fast 100 Prozent: <https://amerika21.de/2017/12/191646/mexiko-armee-militaer-innere-sicherheit>

.) Regierung von Argentinien erkennt chilenischem Ex-Guerillero Schutzstatus ab - Öffentliche Unterstützung erhält Apablaza indes von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen beiderseits der Anden. In einer von den Großmüttern der Plaza de Mayo verfassten und bis dato von mehr als 14 Organisationen unterschriebenen Erklärung heißt es unter anderem, Apablaza sei "einer ungerechten und unbegründeten politischen Verfolgung der Regierung der Republik Chiles ausgesetzt." <https://amerika21.de/2017/12/191604/argentinien-kein-asyl-guerillero-chile>

.) Beobachter bekräftigen Vorwürfe wegen Wahlbetruges in Honduras - <https://amerika21.de/2017/12/191602/honduras-wahlbetrug-beobachter-amnesty>

.) Experten fordern Maßnahmen gegen Landraub in Brasilien - <https://amerika21.de/2017/12/191649/landraub-brasilien-deutschland-fian>

.) Spätestens seit dem neuen Steuergesetz zugunsten Amerikas oberen einen Prozents zeigt sich Präsident Trump als Marionette an den langen Fäden der Brüder aus Kansas, die zusammen fast 100 Milliarden besitzen – und seit Jahrzehnten konsequent das Umkrempeln des amerikanischen Staates betreiben: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5470246&s=die+staatszerst%C3%B6rer&SuchRahmen=Print/>

.) Koch Industries ist ein US-amerikanisches Unternehmen .) mit Sitz in Wichita,

Kansas. Das Mischunternehmen ist in 50 Ländern unter anderem in den Produktionsbereichen Erdöl, Erdgas, Chemie, Energie, Asphalt, Kunstdünger, Nahrungsmittel und Kunststoff tätig. Koch Industries ist nach Cargill die zweitgrößte nicht börsennotierte Gesellschaft in den Vereinigten Staaten. Die Brüder und Konzernchefs Charles und David Koch betätigen sich über Koch Industries politisch im libertär-konservativen Lager:

https://de.wikipedia.org/wiki/Koch_Industries

.) Geheimkrieg in Südamerika: CIA unterstützte Kolumbien beim Töten von Rebellen - Im Kampf gegen linke Rebellen stützt sich Kolumbiens Regierung offenbar auf den US-Geheimdienst CIA. In verdeckten Missionen wurden mindestens zwei Dutzend Guerilla-Führer getötet, berichtet die "Washington Post". Milliarden Dollar seien geflossen: <http://www.spiegel.de/forum/politik/geheimkrieg-suedamerika-cia-unterstuetzte-kolumbien-beim-toeten-von-rebellen-thread-109167-1.html>

.) In diesen Ländern ging die CIA über Leichen - Im Kalten Krieg war dem Geheimdienst CIA fast jedes Mittel recht, um Interessen der USA in der Dritten Welt zu wahren und zu verteidigen - bis hin zu Staatsstreichen und manchmal gar zum Mord: <https://www.welt.de/geschichte/article119295047/In-diesen-Laendern-ging-die-CIA-ueber-Leichen.html>

.) Bekannt gewordene CIA-Operationen - Es liegt in der Natur der Sache, dass Geheimdienstoperationen normalerweise nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangen. Einige CIA-Operationen sind aber dennoch bekannt geworden, sei es durch Historiker, Journalisten, offizielle Untersuchungen oder gesetzliche Vorgaben. Im folgenden einige Beispiele: <http://www.rp-online.de/politik/bekannt-gewordene-cia-operationen-bid-1.2101607>

.) CIA-Dokumente belegen führende Rolle der USA bei Verbrechen von Militärdiktaturen - Die US-Regierung von Präsident Barack Obama hat bislang geheime CIA-Dokumente aus den 70er und 80er Jahren freigegeben, die eine damals führende Rolle der USA bei der politischen Verfolgung in Südamerika belegen. Demnach sandte der Auslandsgeheimdienst CIA unter dem damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter Agenten nach Südamerika, um die Ermordung von Akteuren der linksgerichteten Opposition zu ermöglichen. Im Visier standen demnach auch Menschenrechtsaktivisten und Unterstützergruppen in Europa, berichtet die Forschungseinrichtung Nationales Sicherheitsarchiv an der George-Washington-Universität in der US-Hauptstadt: <https://amerika21.de/2016/12/166030/cia-dokumente-plan-condor>

.) Beziehungen zwischen Lateinamerika und den Vereinigten Staaten - Besonders

während des Kalten Krieges (ca. 1947–1989) befürchteten die USA eine Ausweitung des Kommunismus und stürzten in einigen Fällen demokratisch gewählte Regierungen auf dem amerikanischen Kontinent, die als links und/oder als unfreundlich gegenüber US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen eingestellt angesehen wurden:

https://de.wikipedia.org/wiki/Beziehungen_zwischen_Lateinamerika_und_den_Vereinigten_Staaten

.) Die lauteste Ruhe - Zum Tode Daniel Viglietti - einer der bedeutendsten Sänger, Gitarristen und Songwriter Lateinamerikas, ist tot. Sein letztes Konzert hatte Daniel Viglietti am Freitag in der Stadt Las Piedras dem vor 50 Jahren auf Befehl der CIA ermordeten argentinisch-kubanischen Revolutionär Che Guevara gewidmet. Künstler in aller Welt äußerten nach dem Tod des Musikers und Aktivisten ihren Respekt vor dessen Werk und Wirken, viele stellen ihn auf eine Ebene mit Pablo Neruda:

<https://www.jungewelt.de/artikel/321269.die-lauteste-ruhe.html>

Hinter meiner Stimme,
hör, hör,
singt eine andere Stimme.

.) Ein Fallbeispiel des globalisierten US-Imperialismus.

Weltweit eifern Großkonzerne dem Beispiel der United Fruit Company nach, die in Mittel- und Südamerika ohne Rücksicht auf Verluste an Mensch und Natur eine Schneise der Verwüstung als Ausgeburt des Kapitalismus hinterlassen hat. Video: <https://www.youtube.com/watch?v=C6DWzqXVNME>

Die Dokumentation schildert die Geschichte der United Fruit Company, die fast ein Jahrhundert lang das Monopol über den weltweiten Bananenhandel innehatte. Die Firmenchefs waren teilweise mächtiger als Politiker und degradierten eigenständige Staaten in Mittelamerika zu sogenannte „Bananenrepubliken“, die ihrem Willen hilflos ausgeliefert waren – sie war so einflussreich, dass sie die US-Regierung im Jahr 1954 davon überzeugte, den Sturz des demokratisch gewählten guatemaltekischen Präsidenten herbeizuführen, der die Vormachtstellung des Unternehmens im Land zu gefährden drohte. Es ist ein Gleichnis für den zweifelhaften Siegeszug des Kapitalismus.

(Hinweis am Rande: Die Reederei Hamburg Süd von Oetker war führend im Bananentransport aus Südamerika – mithin beteiligt an der Zerstörung ganzer Landstriche . Typisch ist dann immer der Heiligenschein durch ein Mäzenatentum. Als global tätiges Unternehmen unterstützte Hamburg Süd mit den Transportkapazitäten ihrer Schiffe internationale Hilfsorganisationen. Und es gehört auch zu einem beliebten Mittel solcher Leute wie bei Oetker, dass er seine Nazivergangenheit „aufarbeiten“ lassen hat: <http://www.zeit.de/2012/04/Oetker-Nationalsozialismus>)

.) Grausame Unlogik - Die vielen Farben der Diskriminierung: Ein Gespräch mit dem US-Historiker Ibram X. Kendi über die lange Geschichte des Rassismus:

<http://www.zeit.de/2017/52/rassismus-usa-historiker-ibram-x-kendi-interview>

.) Polizeibeamte in den USA schießen mehr als doppelt so häufig auf Menschen als bisher vermutet. Das hat eine Analyse der 50 größten Polizeibehörden der USA ergeben. Nicht nur schießen Polizisten häufiger als gedacht – die Beamten der untersuchten Police Departments schießen auch zu einem höheren Prozentsatz als bisher festgehalten auf schwarze Menschen, und häufiger auf Unbewaffnete. Das sind mehr als 500 Menschen pro Jahr. In mehr als 700 weiteren Fällen schossen Polizeibeamte auf Menschen und verfehlten sie. Zwei Drittel der von Polizisten Angeschossenen überlebten den Vorfall. US-Polizisten haben auf mehr als 4.000 Menschen geschossen. Trump wendet sich von effektiven Reformen ab:

<https://www.vice.com/de/article/7xekek/die-polizei-schiesst-auf-viel-mehr-menschen-als-gedacht>

.) Küstenschutz? USA wollen Meere für Ölbohrungen öffnen - Die Vereinigten Staaten sollen unabhängiger von Rohstoffimporten werden und zur Energiesupermacht aufsteigen. Das wünschen sich US-Präsident Donald Trump und seine Regierung. Auf dem Weg dahin sollen auch bislang geschützte Küstenregionen der USA für Bohrungen frei gegeben werden:

http://www.spektrum.de/news/usa-wollen-meere-fuer-oelbohrungen-oeffnen/1530527?utm_medium=newsletter&utm_source=sdw-nl&utm_campaign=sdw-nl-daily&utm_content=heute

.) Eine Drogenepidemie in den USA zerfrisst die Gesellschaft. Es trifft die Mittelschicht, und die jüngsten Opfer sind abhängig geborene Babys. Die Verantwortlichen aber sitzen in den Chefetagen der Pharmaindustrie. Jedes Jahr wird in den USA die Bevölkerung einer Kleinstadt durch Drogen ausgelöscht. Eine Hochrechnung der New York Times kommt für 2016 auf 64.000 Rauschgifttote – fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. Für US-Amerikaner unter 50 Jahren ist Rauschgift heute die häufigste Todesursache. Die Drogenschwemme übertrifft damit in ihrer Tödlichkeit selbst die Aids-Epidemie auf ihrem Höhepunkt. Und sie zerfrisst die Gesellschaft:

<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5472566&s=drogen&SuchRahmen=Print/>

.) Die Null-Dollar-Ärzte in den USA Wenn Kranksein zum Luxus wird - Knapp 28 Millionen US-Amerikaner haben keine Krankenversicherung. Die Ärzteorganisation Remote Area Medical bietet deshalb kostenlose medizinische Behandlung an. Der Andrang ist riesig, aber eine Lösung für das defekte Gesundheitssystem ist das nicht: http://www.deutschlandfunkkultur.de/die-null-dollar-aerzte-in-den-usa-wenn-kranksein-zum-luxus.979.de.html?dram:article_id=407596

.) "Drecksloch-Staaten" - Kommentar 54 afrikanische Länder fordern Entschuldigung von Trump - US-Präsident Donald Trump soll Medienberichten zufolge arme Herkunftsländer von Einwanderern als "Drecksloch-Länder" bezeichnet haben. Neben dem Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union protestieren die Botschafter der afrikanischen Länder bei den Vereinten Nationen. Selbst aus den eigenen Reihen wird Trump scharf kritisiert:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/trump-afrikanische-laender-fordern-entschuldigung-des-us-praesidenten-1.3824213>

Kein einmaliger Ausrutscher von Trump - Ku-Klux-Klan-Anhänger jubeln:
<http://www.fr.de/politik/donald-trump-ein-rassist-in-rage-a-1425465,0#artpacer-1425465-0>

"Ich habe Schwarze, die mein Geld zählen! Ich hasse das."
<http://www.sueddeutsche.de/politik/us-politik-ist-trump-ein-rassist-1.3824211>

Trumps Hotel zum „Drecksloch“ erklärt:
<http://www.fr.de/politik/drecksloch-laender-trumps-hotel-zum-drecksloch-erklaert-a-1426401>

.) Rund 1000 Linksautonome an Anti-WEF-Demo in Bern - Trump treibt die WEF-Gegner auf die Strasse: Rund 1000 Menschen trafen sich am heutigen Samstag um 15 Uhr, um gegen den Schweiz-Besuch des US-Präsidenten Donald Trump und das Weltwirtschaftsforum in Davos zu protestieren. Allen voran, die der linksautonomen Szene zugeordnete Revolutionäre Jugendgruppe Bern. Fünfmal so viele Demonstranten an Anti-WEF-Demo: <https://theworldnews.net/ch-news/rund-1000-linksautonome-an-anti-wef-demo-in-bern-polizei-stoppt-marsch-auf-us-botschaft>
Trump-Besuch in Davos befeuert Anti-WEF-Kundgebung in Bern:
<https://www.cash.ch/news/politik/wef-2018-trump-besuch-davos-befeuert-anti-wef-kundgebung-bern-1135454>

Zur Info

weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

**Die traditionell schändliche Rolle der USA in
Südamerika - aktuell am Beispiel von Honduras -
Morde, Korruption und Landraub.**

Honduras vor der Präsidentschaftswahl

Morde, Korruption und Landraub

Als Präsident hat Juan Orlando Hernández Honduras in einen Militärstaat verwandelt. Das Land versinkt in Chaos und Gewalt. Und obwohl ihm Verbindungen zur Drogenmafia nachgesagt werden, strebt Hernández eine zweite Amtszeit an - mit Billigung der USA.

Eine der höchsten Mordraten weltweit, zahllose Menschenrechtsverletzungen, nicht aufgeklärte Morde und Straftaten gegenüber Umweltaktivisten, dazu kommt an diesem Sonntag die höchst umstrittene Kandidatur des amtierenden rechtskonservativen Präsidenten Juan Orlando Hernández für eine zweite Amtszeit, die die Verfassung gar nicht vorsieht. Die Lage in Honduras ist fatal. Das weiß niemand besser als Joaquín Mejía. Er betreibt einen der letzten regierungskritischen Sender, die im Land zu empfangen sind und ist Teil eines unabhängigen Think-Tanks des Jesuitenordens.

"Und deshalb wird eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung sein, alle legalen und illegalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um uns mundtot zu machen, und das sehen wir mit großer Sorge."

Joaquín Mejía geht fest davon aus, dass der alte Präsident auch der neue sein wird: Juan Orlando Hernández, der seine erste Amtszeit genutzt hat, um sich wichtige Alliierte zu suchen: Die großen Medienunternehmen, die Eliten der katholischen und evangelikalen Kirchen sowie das Militär. Ein kluger Schritt, meint Mejía, der als Jesuit der Befreiungstheologie anhängt. Denn regelmäßige Umfragen zeigen, dass die Honduraner diesen Institutionen großes Vertrauen schenken.

"Das zeigt uns auch, mit welcher Art von Gesellschaft wir es hier zu tun haben: Wenn die Honduraner sagen, dass sie der Kirche vertrauen, dann heißt das, dass sie auf göttliche Lösungen warten für die tiefgreifenden Probleme, die wir haben. Und wenn die Menschen sagen, dass sie dem Militär vertrauen, dann heißt das, dass sie auf eine autoritäre Politik der harten Hand setzen."

Genau dafür steht Juan Orlando Hernández. Als Präsident hat er Honduras zusehends in einen Militärstaat verwandelt. So wurden während seiner Amtszeit allein 15 neue militärische Sicherheitsbehörden geschaffen, auch der Verteidigungsetat wurde stark erhöht. Nun erntet er die Früchte seiner Lobby-Arbeit.

"Präsident Juan Orlando Hernández hat Familienangehörige und Freunde auf den wichtigsten Posten der Armee installiert. Deshalb können wir jetzt beobachten wie die Armee, die 2009 geputscht hat, um – in Führungsstrichen – die Demokratie zu

verteidigen, sich heute nicht mehr einmischen will. Heute gibt es einen neuen Verfassungsbruch, aber jetzt sagt die Armee, das sei alles eine politische Frage und würde sie nichts angehen."

Gegen die Interessen der USA geht gar nichts

Sie lässt den Präsidenten gewähren bei seiner Wiederwahl, die laut honduranischer Verfassung eigentlich verboten ist. Vor acht Jahren war das noch ganz anders. Auch der damalige Präsident Manuel Zelaya Rosales wollte die Amtszeitbeschränkung verändern – und dafür per Referendum eine verfassungsgebende Versammlung einberufen. Doch bevor es dazu kam, putschte ihn die Armee aus dem Amt. Zelaya Rosales hatte den Fehler begangen, sich nicht die Unterstützung der Armee zu sichern – und vor allem zu enge Verbindungen zu linken Regierungen in der Region wie Venezuela zu unterhalten, womit er die Wirtschaftselite des Landes, aber auch die USA gegen sich aufbrachte. Gegen die Interessen der Großmacht im Norden können keine wichtigen politischen Entscheidungen in der Region getroffen werden. Die US-Regierung sorgte in den Tagen nach dem Putsch dafür, dass der gestürzte Präsident Zelaya Rosales nicht wieder ins Amt kam – auch wenn die offizielle Version der USA bis heute anders lautet. Aber neuere Untersuchungen beweisen die Einmischung.

Diese Probleme hat der aktuelle Präsident nicht. Der internationale Aufschrei gegen die umstrittene Wiederwahl ist dieses Mal ausgeblieben. In einem seinem bunten, tanzbaren Wahlwerbespot lässt Juan Orlando Hernández verkünden, dass es mit dem Land endlich aufwärts geht.

Seine erneute Kandidatur hat er sich ganz offiziell vom obersten Gerichtshof absegnen lassen. Also formal alles in Ordnung mit der Wahl? Nicht ganz, meint die honduranische Rechtsanwältin Tirza Flores.

"Das Problem ist, dass die Rechtsstaatlichkeit im Land momentan praktisch nicht existiert. Es ist zwar richtig, dass wir auf dem Papier bestimmte Rechtsnormen und Gesetze und eine Verfassung haben, aber die Institutionen, die diese anwenden bzw. ihre Anwendung kontrollieren sollen, werden alle längst vom Präsidenten kontrolliert."

Tirza Flores ist selbst ein Beispiel dafür, dass Richterinnen und Richter in Honduras mittlerweile alles andere als unabhängig sind. Aufgrund ihrer kritischen Position zum Militärputsch von 2009 verlor Flores ihre Stelle als Richterin an einem Berufungsgericht in San Pedro Sula, dem Wirtschaftszentrum des Landes. Die Juristin klagte vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte auf Wiedereinstellung – und bekam Recht. Doch umgesetzt wurde das Urteil vom honduranischen Staat bis heute nicht.

Dabei war die Absetzung von Tirza Flores kein Einzelfall. Auch Verfassungsrichter wurden aus ihrer Position entfernt, weil sie sich als zu unabhängig und renitent gegenüber den Wünschen des Präsidenten erwiesen. Doch dieser begnügt sich längst nicht mehr damit, die drei Staatsgewalten zu kontrollieren. Selbst eine Reform des Strafgesetzbuches in diesem Jahr habe Juan Orlando Hernández genutzt, um seine eigene politische Agenda durchzusetzen, so Flores.

"Diese Chance hat die Regierung ergriffen, um neue Straftatbestände einzuführen, die völlig antidemokratisch sind. Das Einzige, wozu sie dienen, ist die Kriminalisierung der sozialen Protestbewegungen oder der Meinungsfreiheit. So ist der Straftatbestand des Terrorismus nun sehr offen definiert, z.B. stellt es schon einen terroristischen Akt dar, wenn man die Bevölkerung oder Teile von ihr in Angst versetzt. Das ist so windelweich formuliert, dass das sehr breit ausgelegt werden kann."

"Honduras ist das gefährlichste Land für Umweltaktivisten"

Wer künftig eine Demonstration anführt, kann schnell des Terrorismus angeklagt werden und muss mit harten Strafen rechnen – ebenso wie Journalisten, die darüber berichten. Dass die Einhaltung von Menschenrechten nicht ganz oben auf der präsidentialen Agenda steht, ist ein offenes Geheimnis – auch wenn die Regierung gerne das Gegenteil behauptet. Ein Beispiel für das harte Vorgehen des honduranischen Staates sind die Proteste der Studentinnen und Studenten für mehr Mitbestimmung an der staatlichen Universität UNAH, die von Sicherheitskräften wiederholt mit Repressionen, Gewalt und Verhaftungen beantwortet wurden. Im Frühjahr diesen Jahres veröffentlichte die internationale Nichtregierungsorganisation "Global Witness" einen Bericht, der Honduras zum "gefährlichsten Land der Welt für Umweltaktivisten" erklärt. Laut Recherchen der Organisation sind seit 2010 in Honduras mehr als 120 Aktivisten ermordet worden. Der wohl prominenteste Fall war der von Berta Cáceres, einer international bekannten Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin, die eine Protestbewegung gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca anführte und im März 2016 von Auftragsmördern erschossen wurde.

"Agua Zarca ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt für eine Widerstandsbewegung, die es nicht nur in Lateinamerika, sondern auf der ganzen Welt gibt."

Das sagt der Mexikaner Gustavo Castro, selbst Umweltaktivist und einziger Augenzeuge des tödlichen Attentats auf Berta Cáceres. Denn Agua Zarca ist nur ein Beispiel von vielen. Seit dem Militärputsch von 2009 sind im ganzen Land zahllose Konzessionen für Bergbau-, Infrastruktur- und Energieprojekte vergeben worden, an denen meist internationale Unternehmen und Banken beteiligt sind. Im Fall von

Agua Zarca etwa waren dies eine finnische und eine niederländische Entwicklungsbank; das deutsche Unternehmenskonsortium Voith Hydro unter Beteiligung von Siemens war für die Lieferung der Turbinen zuständig. Erst nach großem internationalen Druck stellten sowohl die Banken als auch Voith Hydro die Zusammenarbeit ein. Die oft heftigen Proteste gegen die Projekte durch die lokale Bevölkerung, die oft nicht an den Entscheidungen beteiligt wird, verhalten dagegen meist ungehört.

Um dem Scheitern des Rechtsstaates etwas entgegenzusetzen, hat im Frühjahr 2016 die Mission zur Unterstützung des Kampfes gegen die Korruption und Straflosigkeit in Honduras – kurz MACCIH – ihre Arbeit aufgenommen. Vorausgegangen waren monatelange Massenproteste im Land, ausgelöst durch einen Korruptionsskandal im System der honduranischen Sozialversicherung. Die Demonstranten hatten eine starke Antikorruptionsbehörde ähnlich der in Guatemala gefordert. Dort hatte die Behörde mit UN-Mandat nach akribischen Ermittlungen im Sommer 2015 die gesamte Regierung aufgrund eines Korruptionsskandals zu Fall gebracht. Guatemala war so über Nacht zum Vorbild im Kampf gegen die Korruption und Straflosigkeit für Länder in der ganzen Region geworden. Doch die honduranische Regierung wehrte sich gegen die Einmischung durch die neue Behörde, das Mandat der MACCIH ist entsprechend schwach – und die bisherigen Ergebnisse sind bescheiden.

"Wenn sie nicht die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft hat, dann wird sie kaum Veränderungen bewirken können, weil wenn es jemanden gibt, der überhaupt kein Interesse an der MACCIH hat, dann ist es die honduranische Regierung, die natürlich auch kein Interesse daran hat, dass Straflosigkeit und Korruption untersucht werden. Deshalb braucht die MACCIH die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der honduranischen Gesellschaft, um aktiv werden zu können."

Doch die honduranische Gesellschaft sei selbst uneins darüber, wie sie mit den totalitären Tendenzen im Land umgehen soll, sagt die Anwältin Tirza Flores.

"Es gibt diejenigen, die denken, dass man aus Protest gegen das "Weiter so" die Opposition wählen sollte, aber es gibt auch andere Menschen in der gleichen Protestbewegung, die denken, dass man gar nicht wählen sollte, weil man so nur die Wahlen legitimiert. Ich persönlich denke, es ist wichtig zu wählen, auch um zu zeigen, dass es eine Opposition gibt, sonst spielt man dem Präsidenten doch nur in die Hände."

Chancen auf einen Wahlsieg kann sich die Allianz dreier oppositioneller Parteien, der auch die Partei LIBRE des gestürzten Ex-Präsidenten Manuel Zelaya Rosales mit angehört, wohl nicht ausrechnen – zumal auch die Wahlbehörden fest in der Hand der Regierung sind.

Drogengelder für den Präsidenten?

Bestätigt wird die Opposition aber durch aktuelle Ermittlungen von New Yorker Staatsanwälten. Danach soll die Drogenmafia gute Verbindungen zu höchsten politischen Kreisen in Honduras haben und der Präsident Orlando Hernández Drogengelder in sechsstelliger Höhe erhalten haben. Damit, so die Anschuldigungen, habe er seine Wahlkampagne 2013 finanziert. Die New York Times brachte die Geschichte ans Licht. Doch honduranische Medien griffen das Thema kaum auf, und die USA haben den Präsidenten noch längst nicht fallengelassen, meint Flores.

"Da sehen wir doch die Doppelmoral der US-Regierung. In ihrem offiziellen Diskurs kämpft sie gegen den Drogenhandel, aber wenn ein Präsident in einem bestimmten Land ihren Interessen dient, dann unterstützen sie ihn, solange er ihnen eben nützt. Und solange der Präsident die Unterstützung der USA hat, ist es kaum denkbar, dass die Vorwürfe ihm schaden."

Denn auch wenn Juan Orlando Hernández alles andere als ein Demokrat ist – solange er zumindest dafür sorgen kann, eine linkspopulistische Regierung im Land zu verhindern und internationalen Investoren die Türen öffnet, ist er genehm. Die US-Botschaft in Tegucigalpa hat sich bisher auffällig zurückgehalten mit eigenen Meinungsäußerungen zu den Anschuldigungen gegen den Präsidenten. Doch die USA wüssten aus der Situation einen strategischen Vorteil zu ziehen, meint der Jesuit Joaquín Mejía.

"Es ist üblich, dass die USA solche Information nutzen. Sie haben damit etwas in der Hand gegen den Präsidenten, der wichtig ist für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen in der Region."

Soll heißen: Die USA erlauben Juan Orlando Hernández zwar die Wiederwahl, aber nach der nächsten Amtszeit ist endgültig Schluss. Für viele Honduraner sind die Wahlen vom kommenden Sonntag deshalb längst abgehakt. Jetzt sei es wichtig, an die nächsten Schritte zu denken, um zu verhindern, dass Honduras endgültig in die Diktatur abgleite, mein Mejía.

"Hier wissen doch alle, dass der nächste Präsident von Honduras wieder Juan Orlando Hernández sein wird, das ist doch allen klar. Das heißt der Plan ist jetzt, eine Bewegung aufzubauen, die dafür sorgt, dass er nicht Präsident bleibt, und die ihn in den nächsten zwei Jahren zum Rücktritt zwingt."

http://www.deutschlandfunkkultur.de/honduras-vor-der-praesidentschaftswahl-morde-korruption-und.979.de.html?dram:article_id=401422

Honduras ohne Präsident Amtsinhaber zog bei der Auszählung am Herausforderer vorbei und die Opposition wittert Wahlbetrug

Die Hängepartie nach den Präsidentschaftswahlen in Honduras geht weiter. Die für Donnerstagabend (Ortszeit) angekündigte Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses musste vom Obersten Wahlgericht (TSE) abermals verschoben werden. Nach Auszählung von mittlerweile etwa 94 Prozent der Wahlzettel lag der amtierende Präsident Juan Orlando Hernández am Freitagmorgen (Ortszeit) laut offiziellen Zahlen des Wahlgerichts mit knapp 43 Prozent der Stimmen rund anderthalb Prozentpunkte vor seinem Herausforderer Salvador Nasralla.

Sollte sich dieser Trend bestätigen, hätte Hernández die Abstimmung am Ende doch noch zu seiner Gunsten gedreht. Wenige Stunden nach den Wahlen vom Sonntag hatte noch Nasralla mit einem komfortablen Vorsprung von etwa fünf Prozentpunkten vor Hernández gelegen.

Die überraschende Aufholjagd von Präsident Hernández nährt nicht nur bei Anhängern der Opposition den Verdacht, dass bei der Auszählung nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Oppositionskandidat Nasralla, der noch am Mittwoch zugesichert hatte, das offizielle Wahlergebnis anzuerkennen, distanzierte sich kurz darauf von seiner Aussage. Nun will die Opposition den Wahlausgang nur akzeptieren, wenn das Ergebnis mit den von ihnen überprüften Wahlunterlagen übereinstimmt.

Auch die Präsenz Hunderter Wahlbeobachter der Europäischen Union und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konnte den transparenten Ablauf bei der Stimmenauszählung offenbar nicht garantieren. Denn die eigentlichen Probleme liegen in der Politisierung der honduranischen Wahlbehörden. So ist im Obersten Wahlgericht zwar die Nationalpartei von Präsident Hernández, nicht aber die Opposition vertreten. Die einzelnen Wahllokale wiederum werden theoretisch von den neun zur Wahl angetretenen Parteien kontrolliert. In der Praxis jedoch ist ein reger Handel mit den Partei-Akkreditierungen entstanden, von dem vor allem etablierte Parteien wie die Nationalpartei von Hernández profitieren, die sich so eine bessere Kontrolle über die einzelnen Wahllokale sichern.

Bei derart politisierten Wahlbehörden ist es wenig überraschend, dass die Opposition nun Wahlbetrug wittert. Auch die langen Verzögerungen bei der Stimmenauszählung haben nicht zur Vertrauensbildung beigetragen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Situation weiter eskalieren könnte. Am Donnerstag ist es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Hauptstadt Tegucigalpa gekommen. Doch da Oppositionskandidat Nasralla wenig

Möglichkeiten hat, die Arbeit der Wahlbehörden zu kontrollieren, bleibt ihm als einzige Strategie, den Protest auf die Straße zu tragen. »Die Oppositions-Allianz wird dann zum Generalstreik aufrufen«, vermutet der politische Beobachter Dennis Muñoz. »Aber die Einzigen, die von der Krise und dem Chaos profitieren, sind die Regierung und Präsident Hernández.«

Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen böten der Regierung einen Vorwand, ihre Politik der Militarisierung des Staates und der Repression der Bevölkerung zu legitimieren. Während seiner Amtszeit hat Präsident Hernández zahlreiche neue Sicherheitsbehörden geschaffen und das Verteidigungsbudget drastisch erhöht, wichtige Stellen in der Armee hat er mit Freunden und Familienangehörigen besetzt.

Klar ist auch, dass Präsident Hernández, dessen Wiederwahl juristisch ohnehin höchst umstritten ist, seinen Posten nicht freiwillig räumen wird. In den vergangenen Jahren hat die Regierung zahlreiche Konzessionen für Bergbau-, Energie- und Infrastrukturprojekte an nationale und internationale Investoren vergeben. Eine Wahlniederlage von Hernández würde die Verteilung dieser Pfründe in Frage stellen.

Ein anderes Thema ist durch den Disput um die Präsidentschaft fast in Vergessenheit geraten. So wurden am vergangenen Sonntag auch die Abgeordneten des Parlamentes gewählt. Auch hier gibt es kein offizielles Endergebnis, doch alles deutet auf eine komfortable Mehrheit der Nationalpartei von Juan Orlando Hernández hin. Dieser ist demnach doppelt abgesichert: Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass seine Wiederwahl doch scheitert, könnten die Abgeordneten seiner Partei die Regierungsarbeit von Oppositionskandidat Nasralla blockieren.

»Nasralla ist eine Figur, die den Menschen im Land Hoffnung gibt«, sagt Politikbeobachter Muñoz. »Das Problem ist nur, dass er seinen Regierungsplan als Präsident überhaupt nicht umsetzen könnte.« Denn dazu bräuchte es strukturelle Reformen des Wirtschaftssystems inklusive einer neuen verfassungsgebenden Versammlung - Ziele, die angesichts der Sitzverteilung im neuen Parlament eher unrealistisch sein dürften. Deshalb müssten Nasralla und seine Oppositions-Allianz nun erst einmal kleinere Brötchen backen, so Muñoz: »Ihre Rolle wird es sein, sozialen Druck aufzubauen, um den Weg für strukturelle Änderungen zu ebnen.«

https://www.neues-deutschland.de/artikel/1072035.nach-den-wahlen-honduras-ohne-praesident.html?pk_campaign=Newsletter

Proteste und Polizeigewalt in Honduras: Neuer Präsident soll alter sein

Juan Orlando Hernández angeblich nun doch knapp vorn. Breite Kritik an Verhalten

der Wahlbehörde. Opposition prangert Betrug an. Tote bei Protesten

Tegucigalpa. Fünf Tage nach den Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Sonntag in Honduras sind vom Obersten Wahlrat (TSE) die offiziellen Endergebnisse immer noch nicht veröffentlicht worden. Laut Daten des TSE von Mittwoch seien 90,40 Prozent der Wahldokumente ausgezählt. Demnach führt der amtierende Präsident Juan Orlando Hernández von der Nationalen Partei vor dem Kandidaten Salvador Nasralla von der Allianz der Opposition gegen die Diktatur. Hernández komme auf circa 32.000 Stimmen mehr als Nasralla. Zu Wochenbeginn lag Nasralla noch knapp fünf Prozentpunkte in Führung.

Das Oppositionsbündnis hat erklärt, das Ergebnis nicht anzuerkennen und zu friedlichen Protesten gegen den vermuteten Wahlbetrug aufgerufen. Im ganzen Land finden Demonstrationen statt, am gestrigen Donnerstag begannen Protestierende, Straßen [zu blockieren](#). Dabei wurden drei Menschen von Sicherheitskräften getötet, darunter ein elf-jähriges Kind. Dies [berichtete](#) Juan Barahona von der honduranischen Befreiungsfront gegenüber dem lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur.

Am Mittwoch war es über fünf Stunden hinweg zu Systemausfällen der Computer der Wahlbehörde gekommen. Dazu hüllte sich der TSE in Schweigen. Nasralla kündigte daraufhin ein von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verhandeltes Abkommen, dem zufolge beide Kandidaten sich früher in dieser Woche bereit erklärt hatten, das Ergebnis anzuerkennen.

Doch auch über den Zwischenfall hinaus ist die Situation von Intransparenz geprägt. Dies wurde auch von den Wahlbeobachtern der Europäischen Union und von der europäischen Parlamentariergruppe von Grünen und Linken [kritisiert](#). Marisa Matias, Leiterin der EU-Delegation, äußert in einer Pressekonferenz, dass im Vergleich die Wahlbehörde TSE bei den Wahlen im Jahr 2013 einen Tag später gleich fünf Teilergebnisse der Wahlen [veröffentlichte](#).

US-amerikanische Kongressabgeordnete haben ebenfalls Kritik an den Verzögerungen und fehlenden Transparenz [geäußert](#). Die US-Geschäftsträgerin in Honduras, Heide Fulton, [mahnte](#) die Wahlbehörde am Donnerstag, "die Auszählung frei, transparent und ohne Einmischung zu Ende zu bringen".

Honduranische Menschenrechtsorganisationen sprechen sich für klare Kommunikation und den Respekt des Wählerwillens aus.

Nach Angaben des TSE sind die Wahldokumente, auch aus den entfernten Regionen, seit Mittwoch in Tegucigalpa. In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag mussten alle nationalen, internationalen Wahlbeobachter als auch die Journalisten das Gebäude verlassen, in dem die Dokumente ausgezählt und aufbewahrt werden. Polizei und Militärpolizei begannen, gegen die wartenden Protestierenden vor dem Gebäude

Tränengas einzusetzen.

In der Nacht zum Freitag hat sich die Lage weiter zugespitzt. Es wird von circa 60 Straßenblockaden landesweit berichtet. Gemeindegebäude in den Städten Siguatepeque und Las Vegas wurden angezündet. Alle Mautstellen im Norden des Landes wurden zerstört. Der offene Internetsender UNE TV berichtet, dass im Stadtteil Pedregal in Tegucigalpa ein Kind erschossen wurde, weiterhin wird von neun Verletzten berichtet, die im Krankenhaus der Hauptstadt behandelt werden mussten.

UNE TV, der die letzten Tage rund um die Uhr über die Geschehnisse in der Hauptstadt berichtet hat, [befürchtet](#) durch die Regierung geschlossen zu werden. Der regierungskritische Sender Radio Progreso [kritisiert](#) die abwartende Haltung internationaler Organismen wie der Wahlbeobachterdelegation der EU und der OAS.

Erste Stimmen in Honduras sprechen von einer Fortsetzung des Putsches von 2009 gegen die damalige demokratisch gewählte Regierung von Präsident Manuel Zelaya. Dieser Umsturz war nicht nur aus den USA [unterstützt](#) worden, sondern auch von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung. Der damalige Leiter des Stiftungsbüros in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa, Christian Lüth, wurde damals erst nach heftiger Kritik abgezogen und bekam einen [Posten](#) im zu dieser Zeit von der FDP geleiteten Entwicklungsministerium. Inzwischen ist Lüth Pressesprecher der rechtspopulistischen AfD.

Zuletzt war die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung verstärkt in Honduras aktiv. Sie hatte nach eigenen Angaben Ausbildungskurse für führende Funktionäre der Wahlbehörde TSE [organisiert](#) – die jetzt unter Betrugsverdacht zugunsten der konservativen Regierung steht.

<https://amerika21.de/2017/12/191109/honduras-wahlbetrug-befuerchtet>